

Der Landbote

ZRZ
Zürcher Regionalzeitungen



VON WINTERTHUR UND UMGEBUNG



Vormittag
9°

Nachmittag
15°

WETTER SEITE 16

Zielstrebig

Die Jungunternehmerin Seraina Mastai (24) über Generationenkonflikte und schlaflose Nächte. **SEITE 7**



Kulturagenda ade

Die Stadt verzichtet darauf, weiter einen eigenen Kulturkalender zu führen. Ersatz wird gesucht. **SEITE 7**

Spitzenkampf

Meister SC Bern setzt sich bei den ZSC Lions, dem NLA-Leader, durch – im Penaltyschiessen. **SEITE 27**

Stadtrat muss sich erneut mit der Laternengebühr befassen

WINTERTHUR Einzelne Strombezügler und ein gewichtiger Verband fechten die Abgabe für die öffentliche Beleuchtung juristisch an. Die neue Stadtwerk-Gebühr verstosse gleich mehrfach gegen das Gesetz.

Selten gab es so viel Widerstand gegen eine Gebühr. Seit Anfang 2016 zahlen die Winterthurer Strombezügler 0,68 Rappen pro Kilowattstunde mehr, das Geld verwendet Stadtwerk für das Betreiben der Strassenlaternen. Den umstrittenen politischen Entscheid traf der Stadtrat vor einem Jahr, kurz darauf sagte auch der Gemeinderat Ja. Nun muss der Stadtrat erneut über die Bücher, in den letzten Tagen gingen im Superblock mehrere Be-

schweredeschreiben ein, mit denen sich das Gremium in der kommenden Zeit befassen muss.

Protest gegen die Abgabe formierte sich bereits vor Monaten, angeführt von der ehemaligen Verfassungsrätin Romana Heuberger. Mittlerweile haben über 1100 Personen eine Onlinepetition gegen die Gebühr unterschrieben, und mehrere haben nun eine juristische Einsprache erhoben. Die Einsprache, die als Muster unter [stop.ch zur Verfügung steht, wurde von einer Zürcher Verwaltungsrechtlerin ausgearbeitet.](http://www.gebuehren-</p>
</div>
<div data-bbox=)

Prominente Rückendeckung

Die Abgabe an die öffentliche Beleuchtung widerspreche kommunalen und kantonalen Gesetzen sowie dem Bundesrecht, heisst es im 20-seitigen Papier. Die Strassenbeleuchtung stehe in keinem Zusammenhang mit der Stromnutzung von Endverbrauchern, lautet ein zentrales Argument. Zudem sehe die Strassengesetzgebung des Kantons vor, dass die öffentliche Beleuchtung steuerfinanziert werden muss und nicht aus Stromgebühren bezahlt wer-

den darf. Zudem verletze die Gebühr, die für alle privaten Haushalte gleich hoch ausfällt, den Grundsatz der Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, der laut den Beschwerdeführern eigentlich gelten sollte.

Die juristischen Einwendungen gegen die Gebühr sind erstmals detailliert aufgelistet, und erstmals erhalten die Protestierenden prominente Rückendeckung: Auch der Hauseigentümergeverband, der aktuell gut 14 000 Mitglieder zählt, legte Beschwerde beim Stadtrat ein. «Wir beschweren uns aber nicht im Namen von einzelnen Mitgliedern, sondern da wir selber als

Verband Strombezügler sind», sagt Geschäftsführer Ralph Bauert. Der Protest sei politisch von links bis rechts abgestützt.

Absprachen im Parlament

Tritt der Stadtrat nicht auf die Beschwerden ein, wollen die Gebührengegner an die nächste Instanz. Dies dürfte der Bezirksrat sein. Parallel befindet der Gemeinderat im Dezember erneut über die Abgabe; die Massnahme muss jedes Jahr neu abgesegnet werden. Hinter den Kulissen laufen bereits Absprachen. Dem Vernehmen nach soll mindestens eine Fraktion einen Streichungsantrag stellen. *Mirko Plüss*

Die Jungkunst 2016 fällt aus

WINTERTHUR Die elfte Austragung der Jungkunst findet erst im nächsten Jahr statt, die Ausstellung im Herbst 2016 entfällt. Das bestätigen die Organisatoren auf Nachfrage. Grund dafür ist ein Standortwechsel: Im vergangenen Jahr konnte die Jungkunst zum letzten Mal die Halle 52 am Katharina-Sulzer-Platz nutzen, wo nun ein Zentrum für Gesundheitsberufe der ZHAW entsteht. Die Jungkunst bewarb sich deshalb um die Halle 53, das «Industrieparkhaus», das gleich nebenan liegt und der Stadt gehört. Die beiden Vertragsparteien sind sich unterdessen einig geworden. Um noch 2016 eine Jungkunst im neuen Rahmen durchzuführen, hat die Zeit nicht mehr gereicht. Die Jungkunst-Macher sind aber trotz Pause alles andere als enttäuscht. *mcl* **SEITE 3**

Zuzüger unter der Lupe

ZÜRICH Wer in eine Zürcher Gemeinde umzieht, soll von der Polizei durchleuchtet werden können: Ohne dass ein Verdacht vorliegen muss, darf diese automatisch und systematisch abklären, ob Vorstrafen verzeichnet sind oder ob Fahndungen laufen.

Der Kantonsrat hat in zweiter Lesung einer Änderung des Polizeigesetzes mit 95 zu 67 Stimmen

zugestimmt. Mit der Gesetzesänderung seien alle Zuzüger einem Generalverdacht ausgesetzt, kritisierte Davide Loss (SP). Die Privatsphäre des Einzelnen werde zu wenig geschützt, meinte Laura Huonker (AL). Diesen Weg zum Polizeistaat würden die Grünen nicht unterstützen, erklärte deren Kantonsrätin Esther Guyer. *sda* **SEITE 17**

Tausende lassen Calais hinter sich



Ohne grössere Proteste ging die Auflösung des illegalen Flüchtlingslagers vonstatten. Auch die befürchteten Aktivisten hielten sich zurück. *Keystone*

Detektive nicht erlaubt

BERN Vergangene Woche hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Unfallversicherer zurückgepfiffen: In der Schweiz gebe es keine genügende Rechtsgrundlage, um verdächtige Leistungsbezügler observieren zu lassen. Die Suva und die Mobiliar verzichten deshalb nun auf den Einsatz von Detektiven. Da-

mit fällt jedoch «ein wichtiges Beweismittel» weg, sagt Bruno Sommer, Leiter Missbrauchsbekämpfung bei der Mobiliar. Durch die Personenüberwachung liessen sich oft ungerechtfertigte Leistungsbezüge nachweisen. 2015 setzte die Invalidenversicherung in 220 Fällen Detektive ein. *ki* **SEITE 23**

WAS SIE WO FINDEN

TV/Radio	14
Panorama	15
Agenda	16
Börse	24
Sport	27

Veranstaltungen	8
Eulach-/Fahrzeugmarkt	26

Heizöl bleibt gefragt

WINTERTHUR Fossile Brennstoffe haben kein gutes Image. Dennoch bleiben sie beliebt und gefragt. Auch in der Energiestadt Winterthur. Das hat vor allem mit dem attraktiven Preis zu tun. Mehr als jedes dritte Gebäude in Winterthur wird nach wie vor mit Öl beheizt. Eine besonders hohe Nachfrage erlebt derzeit das etwas teurere, aber schwefelarme Ökoheizöl. *tm* **SEITE 3**

CALAIS Am ersten Tag der Räumung des illegalen Flüchtlingslagers wurden über 2000 Menschen aus dem Camp, dem sogenannten «Dschungel», ab-

transportiert. «1918 Erwachsene haben Calais in 45 Bussen verlassen, um in 80 Erstaufnahmезentren zu gelangen», sagte Innenminister Bernard Cazeneuve

gestern Abend in Paris. Hinzu kämen 400 unbegleitete Minderjährige, die in ein provisorisches Aufnahmezentrum gebracht worden seien. Für sie gelten spe-

zielle Asylregeln. Frankreich drängt auf Familienzusammenführung für Kinder und Jugendliche, die Angehörige in Grossbritannien haben. *sda* **SEITE 25**



9 771424 354000

Abo-Service: 0800 80 84 80, abo@landbote.ch

Inserate: Tel. 044 515 44 44, inserate@landbote.ch

Redaktion: Tel. 052 266 99 00, redaktion@landbote.ch